

Ini5**Nikolas Bozzolo, Finn Calieri, Hendrik Kempt,
Kerstin Priesterbach, Melis Yeter****Die KDV möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: Kreisvorstand (Kein Konsens)****Resolution: Für eine verantwortungsvolle und solidarische Außenpolitik**

1 Die Kreisdelegiertenversammlung möge be-
2 schließen:
3 Deutschland hat aufgrund seiner Geschichte
4 eine besondere Verantwortung gegenüber Is-
5 rael. Wir Sozialdemokrat*innen stehen fest an
6 der Seite Israels und verurteilen den Terroris-
7 mus der Hamas aufs Schärfste. Der verhee-
8 rende Angriff der Hamas auf Israel am 7. Ok-
9 tober 2023 hat uns tief erschüttert. In dieser
10 schweren Zeit trauern wir um die Opfer und
11 stehen solidarisch an der Seite ihrer Familien.
12 Wir setzen uns entschieden für die sofortige
13 und bedingungslose Freilassung der über 100
14 Geiseln ein, die noch immer in Gaza festge-
15 halten werden. Gleichzeitig treten wir für die
16 Rechte der Palästinenser*innen auf Selbstbe-
17 stimmung und ein menschenwürdiges Leben
18 ein. Für uns ist dies kein Widerspruch, son-
19 dern die zwei Seiten der Medaille, die für ei-
20 ne verantwortungsvolle und solidarische Au-
21 ßenpolitik steht.
22 Für uns ist klar: Der Einsatz für Frieden, Si-
23 cherheit und Gerechtigkeit im Nahen Os-
24 ten entspricht unseren sozialdemokratischen
25 Werten und unserer Verpflichtung gegen-
26 über dem internationalen Völkerrecht. Der
27 deutschen Verantwortung zum Schutz Isra-
28 els nachzukommen, bedeutet für uns auch
29 das Eintreten für eine langfristige Friedens-
30 perspektive für Israel und seine Nachbarstaa-
31 ten. Die deutsche Bundesregierung, ange-
32 führt von der SPD, sollte noch mehr als bisher
33 eine aktive diplomatische Rolle übernehmen
34 und die Friedensbemühungen in den Verein-
35 ten Nationen und der Europäischen Union
36 vorantreiben. Auch der Petersberger Prozess
37 und die Bemühungen des Vatikans um einen
38 Sonderstatus für Jerusalem können hierbei
39 wichtige Impulse setzen.
40 Seit der Eskalation des Konflikts zwischen

41 Israel und der Hamas, der Hisbollah und
42 dem Iran sowie der Ausweitung der kriege-
43 rischen Auseinandersetzungen im Westjor-
44 danland und im Libanon hat sich die huma-
45 nitäre Lage dramatisch verschlechtert. Nach
46 wie vor sind im Gazastreifen - Zivilist*innen
47 stark vom militärischen Einsatz Israels betrof-
48 fen. Über 40.000 Menschen wurden hier im
49 letzten Jahr getötet, unter ihnen viele Frau-
50 en und Kinder. Durch israelische Bombarde-
51 ments ist Gaza in vielen Teilen unbewohn-
52 bar. Viele Menschen mussten teilweise mehr-
53 fach flüchten, selbst grundlegende medizini-
54 sche Versorgung ist zum Erliegen gekommen.
55 Die Versorgung mit Nahrungsmitteln konn-
56 te nicht immer sichergestellt werden. Im Li-
57 banon ist seit Beginn der kriegerischen Aus-
58 einandersetzung zwischen Israel und der His-
59 bollah die Zivilbevölkerung ebenfalls mas-
60 siv betroffen. Auch hier gibt es nach weni-
61 gen Wochen große Zerstörung durch Luft-
62 angriffe, tausende Menschen wurden getö-
63 tet, ca. 500.000 Menschen befinden sich auf
64 der Flucht im Inland oder in Nachbarländern.
65 Der Krieg, ausgelöst durch den Terror der Ha-
66 mas am 7. Oktober, droht eine ganze Regi-
67 on auf Jahre zu destabilisieren. Und das ob-
68 wohl nach Jahren des Bürgerkriegs in Syrien
69 und dem Terror von Daesh in Syrien und Irak
70 Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit so not-
71 wendig und wichtig wären. Wir stehen un-
72 eingeschränkt zum Selbstverteidigungsrecht
73 Israels, aber fordern dringend, Völkerrecht
74 und Menschenrecht einzuhalten. Wir stellen
75 fest, dass der Ankläger des Internationalen
76 Strafgerichtshofs im Mai 2024 Haftbefehle
77 gegen drei Hamas-Führer sowie den israe-
78 lischen Ministerpräsidenten Netanjahu und
79 Verteidigungsminister Gallant beantragt hat.
80 Für uns ist dies ein klarer Indikator dafür, dass
81 auch die deutsche Bundesregierung ihre Be-
82 mühungen für Deeskalation verstärken muss.
83 Wir fordern daher einen sofortigen Waffen-
84 stillstand, um weitere zivile Opfer und Zerstö-
85 rung zu verhindern. Wir unterstützen die Ein-
86 richtung humanitärer Korridore, um die drin-

87 gend benötigte Versorgung der Zivilbevölke-
88 rung sicherzustellen. Zudem fordern wir die
89 Freilassung der Geiseln. Es braucht Vertrauen
90 zwischen den Konfliktparteien, um den Weg
91 für Verhandlungen zu ebnen. Diese Forderun-
92 gen werden auch von den Vereinten Natio-
93 nen, dem Internationalen Komitee vom Roten
94 Kreuz sowie führenden Menschenrechtsorga-
95 nisationen unterstützt, die wie wir eine De-
96 eskalation als einzigen Weg zu nachhaltigem
97 Frieden sehen.

98 Wir bekennen uns weiterhin zur Zweistaaten-
99 lösung. Die deutsche Bundesregierung, ange-
100 führt von der SPD, muss sich weiterhin ne-
101 ben Israel für einen souveränen palästin-
102 sischen Staat einsetzen, der in sicheren und
103 anerkannten Grenzen existieren kann. Der
104 Weg zu einer solchen Lösung erfordert jedoch
105 nicht nur den unermüdlichen Einsatz für die
106 Sicherheit Israels und die Rechte der Palästi-
107 nenser*innen, sondern auch die konsequen-
108 te Auseinandersetzung mit Akteuren, die die
109 Stabilität der Region untergraben.

110 In diesem Kontext sehen wir den Iran als kriti-
111 schen Akteur im Nahost-Konflikt, da das Land
112 verschiedenen Gruppen in der Region, insbe-
113 sondere der Hamas und der Hisbollah, finan-
114 zielle, logistische und militärische Unterstüt-
115 zung gewährt. Diese Unterstützung trägt er-
116 heblich zur Eskalation des Konflikts bei. Die
117 Rolle des Irans destabilisiert die Region wei-
118 ter und behindert ernsthafte Bemühungen,
119 zu einer friedlichen Lösung zu gelangen. Die
120 Vereinten Nationen, die Europäische Union
121 und zahlreiche Menschenrechtsorganisatio-
122 nen fordern seit längerem, dass der Iran sei-
123 ne destruktive Rolle überdenkt und sich kon-
124 struktiv in den Friedensprozess einbringt.

125 Wir fordern daher, dass die Bundesregie-
126 rung sich dafür einsetzt, dass die internatio-
127 nale Gemeinschaft den Druck auf den Iran
128 erhöht, seine Unterstützung für militante
129 Gruppen wie die Hamas einzustellen. Dazu
130 sollten insbesondere Sanktionen im Finanz-
131 sektor und gegen Waffenexporte verschärft
132 werden. Auch hier stimmen internationale

133 Akteure wie die EU und der UN-Sicherheitsrat
134 mit uns überein. Gleichzeitig fordern wir, dass
135 der Iran in Friedensverhandlungen einbezo-
136 gen wird, da wir die Hoffnung haben, dass ei-
137 ne konstruktive Rolle des Irans zur Deeskalati-
138 on und einem nachhaltigen Frieden beitragen
139 könnte.

140 Ein weiterer zentraler Punkt ist für uns die
141 Sicherstellung humanitärer Hilfe. Iran muss
142 seine Unterstützung für jene Gruppen been-
143 den, die den Zugang zu Hilfslieferungen be-
144 hindern. Die Schaffung humanitärer Korrido-
145 re und sicherer Zonen ist unerlässlich, um
146 das Leid der Zivilbevölkerung zu lindern. Or-
147 ganisationen wie das Rote Kreuz, die UN-
148 Flüchtlingshilfe und das Welternährungspro-
149 gramm betonen seit langem die Notwendig-
150 keit solcher Maßnahmen. Der Kurs von Isra-
151 els Premierminister Netanyahu steht zurecht
152 international tief in der Kritik, auch von den-
153 jenigen, die dem Sicherheitsanliegen Israels
154 besonders offen gegenüberstehen. Auch hier
155 sollten wir als SPD klare Worte finden, um die
156 von Netanyahu verantwortete Eskalation zu
157 verurteilen.

158 Waffenstillstand, Vertrauensbildung und der
159 Zugang zu humanitärer Hilfe sind entschei-
160 dende Schritte auf dem Weg zu einem lang-
161 fristigen Frieden im Nahen Osten.